

PRESS START

Faire Verteilung
statt fette Boni!

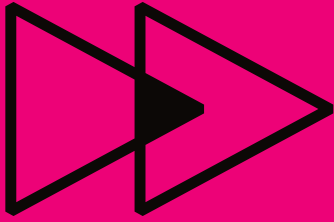


Es geht um unser JETZT!

Ausbildung ohne
Warteschleife!

Bunt, stark,
antifaschistisch!





PRESS START

für die sozial-ökologische Wende **4**
**Klimakrise heißt
Gerechtigkeitskrise!**

für Auszubildende **6**
**Ausbildung ohne
Warteschleife!**

für junge Beschäftigte **8**
**Fest angestellt?
Na sichi!**

für Studierende **9**
**BAföG trifft
Real Life!**

für bezahlbares Wohnen **10**
**Game over,
Qadratmeter-Tetris!**

für Solidarität **11**
**Bunt, stark,
antifaschistisch!**



Es geht um unser **JETZT!**

Finanzkrise, Klimakrise, Coronakrise - unsere Generation durchlebt aktuell nicht zum ersten Mal, dass die Welt, wie wir sie kennen, ins Wanken geraten kann. Keine dieser Krisen hat dabei so offensichtlich in unseren Lebensalltag eingegriffen wie COVID-19. Arbeit, Freundschaften, Familientreffen, Dating, Lernen, Schulalltag, Ausbildung oder das Studium - unser ganzes Leben hat sich verändert. Wir gestalten diese Veränderung mit und liefern uns ihr nicht einfach aus. Demokratie heißt Mitbestimmung! Als Jugend- und Auszubildendenvertretung, als junge Betriebsrät_innen, als Aktive an den Hochschulen, ist es unser Alltag, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und demokratisch zum Guten zu gestalten. Denn Demokratie ist, was wir gemeinsam daraus machen.

Als Gewerkschafter_innen wissen wir, wie wir miteinander solidarisch leben, lernen, studieren und arbeiten wollen. Doch ohne die passende Grundlage geht das nicht. Die Politik muss Rahmenbedingungen herstellen.

Was wir erwarten und wie das solidarisch gelingen kann, dafür haben wir Forderungen aufgestellt. Es ist Zeit, dass sich was bewegt. Denn es geht um unser **JETZT!**



Wir sind die Gewerkschaftsjugend

Wir sind rund eine halbe Million junge Menschen, organisiert in den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB.

Wir sind parteipolitisch unabhängig, doch keinesfalls neutral.

Wir setzen uns solidarisch für unsere Interessen und bessere Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen ein.

Wir wollen soziale Gerechtigkeit, wir wollen Veränderung und wir wollen sie jetzt!



Quelle: Last Week Tonight with John Oliver / giphy.com

Klimakrise heißt Gerechtigkeitskrise!

Press START für die sozial-ökologische Wende.

So wie es ist, wird und kann es nicht bleiben. Die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur als eine Grundlage unseres Wirtschaftssystems hat ausgedient. Der Mensch und seine Umwelt gehören in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns. Dies zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir alle müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir in Zukunft leben wollen und was wir brauchen, um unser aller Lebensgrundlage zu erhalten, Ressourcen für alle zugänglich zu machen und fair zu verteilen. Eines ist überdeutlich: Die kapitalistische Wachstumslogik, steigender Konsum und unser auf der Ausbeutung von Natur, Tier und anderen Menschen basierender Reichtum schadet uns und unserer Umwelt. Die Klimakrise ist auch eine soziale Gerechtigkeitskrise.

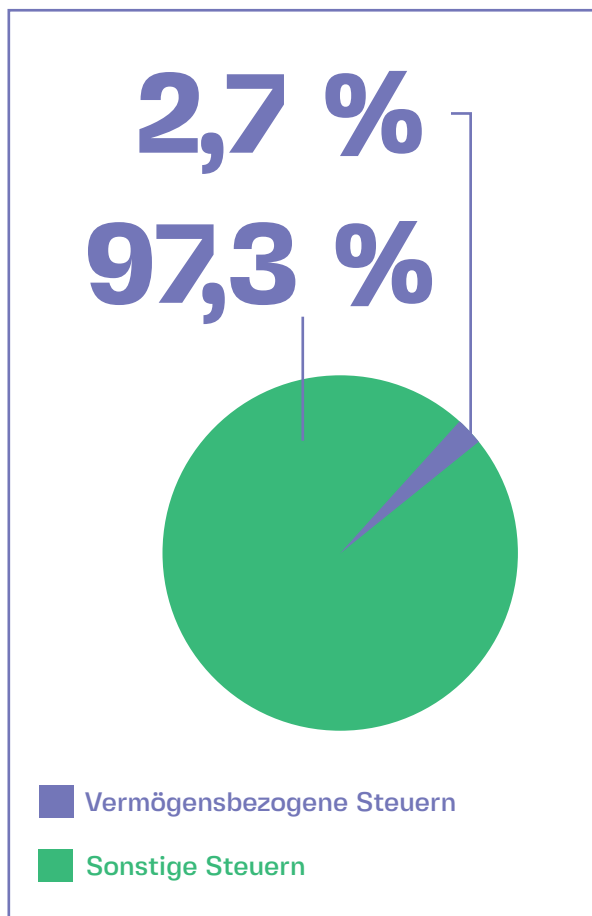
Es braucht einen gerechten Wandel, der Aspekte von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit gemeinsam denkt.

Denn der Klimawandel wird alle Bereiche des Lebens beeinflussen. Um ihn einzudämmen, brauchen wir deshalb eine globale sozial-ökologische Transformation mit internationalem Blick und Sanktionsmöglichkeiten für Bremser_innen. Damit loslegen wollen wir jetzt, nicht erst in der fernen Zukunft! Eine Stärkung der Mitbestimmung und Demokratie in den Betrieben, umfassende staatliche und private Investitionen in die vom notwendigen Wandel besonders betroffenen Regionen und Branchen sowie der besondere Fokus auf Bildung und Qualifikation sind Schlüsselemente eines erfolgreichen und gerechten Wandels. Gerecht heißt, niemanden zurückzulassen, aber auch diejenigen, die besonders von den bisherigen Verhältnissen profitieren, finanziell zur Verantwortung zu ziehen.

Wir fordern:

- ÖPNV-Ausbau und ein kostenloses Ticket für alle Auszubildenden
- Stärkung der gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht und der betrieblichen Mitbestimmung durch: Ausbau des Anhörungs- und Initiativrechts von Betriebs- und Personalräten sowie die Einrichtung von Transformationsausschüssen in Betrieben
- Umstellung der globalen Wachstumsökonomie. Hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit nachhaltigen Produktionswegen, Arbeitsabläufen und Lieferketten mit gesetzlichen Mindeststandards
- Investitionen, um konkrete Perspektiven und verbindliche Pläne mit Beteiligung der Sozialpartner_innen zu schaffen, nicht, um Arbeitsplätze „nur“ zu erhalten
- Schaffung neuer Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen insbesondere in subventionierten und entstehenden Branchen
- Ein Bundesweiterbildungsgesetz für strukturelle Fort- und Weiterbildungsansprüche

Anteile am Gesamtsteueraufkommen in Deutschland



(DGB: Verteilungsbericht 2021)

Faire Verteilung statt fette Boni!

Wir sind als junge Generation von den Krisen-Konsequenzen ungleich stark betroffen. Gleichzeitig besitzen die 45 reichsten Deutschen so viel wie die ärmere Hälfte der ganzen Bevölkerung. Im Klartext: 45 Personen besitzen so viel wie 40 Millionen (!) Menschen. Armut und Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille und zwischen den beiden Seiten liegt die Ungleichheit. Sie existiert, obwohl jeder Mensch mit eigenem gesunden Menschenverstand erkennt: Es ist genug für alle da! Wir wollen eine Politik, die sich daran orientiert und nicht an den Interessen weniger. Höhere Spitzensteuersätze und Besteuerung derer, die am meisten von bisher bestehenden Verhältnissen profitieren. Wir brauchen Umverteilung jetzt!



Ausbildung ohne Warteschleife

Press START für Azubis.

Die Krise hat den Ausbildungsmarkt voll erwischt. Ende 2020 ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf ein gefährliches Rekordtief gesunken – Minus 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Einbruch ist schlimmer als in der globalen Finanzkrise 2009. Es ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Und das aus einer Situation heraus, in der bereits vor der Krise mehr als 80 Prozent aller Betriebe keine Ausbildungsplätze mehr angeboten haben. Die Arbeitgeber agieren hier vielfach verantwortungslos, nicht nur gegenüber den jungen Menschen, sondern auch gegenüber den eigenen Branchen und der Volkswirtschaft als Ganzes. Geht das so weiter, folgt auf die Corona-Krise eine Fachkräftekrise. Wer jetzt nicht ausbildet, wird später Fachkräftemangel beklagen.

Für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, bedeutet dies Unsicherheit und fehlende Perspektiven. Ohne Ausbildung landen viele im Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen. Das wirkt sich auf das gesamte Berufsleben bis hin zur Rente aus. Die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz hängen ab von ihrem Wohnort, Schulabschluss, der sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder auch davon, ob sie von rassistischen Diskriminierungen betroffen sind. Jede_r dritte Schüler_in mit einem Hauptschulabschluss schafft den Sprung in Ausbildung nicht. Und das, obwohl das Berufsbildungsgesetz ausdrücklich keinen Schulabschluss als Zugangsvoraussetzung vorschreibt.

Ausbildung in der Krise

387.000

Ausbildungsstellen waren von Oktober 2020 bis Februar 2021 gemeldet. 37.000 weniger als im Jahr zuvor!

>80 %

der Betriebe boten bereits vor der Corona-Krise keine Ausbildungsplätze mehr an.

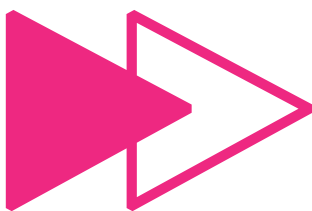
250.000

junge Menschen, die eigentlich eine Ausbildung machen wollten, wurden 2019 in Übergangsmaßnahmen geparkt.

Gleichzeitig waren

>50.000

Ausbildungsplätze unbesetzt!



Nötig ist die Einführung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds, um das System der dualen Berufsausbildung zu stärken und einen Aufbau betrieblicher Ausbildungsplätze zu fördern. Damit verbunden ist eine Ausbildungsgarantie, die den Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, den Einstieg in die Ausbildung bietet.

Unser Dreiklang für gute Ausbildung:

1. Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Fachkräfte ausbilden oder Profite abdrücken!

Um Corona-Krise, Zukunftsangst und Fachkräftemangel zu begegnen, fordern wir einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz für alle jugendlichen Ausbildungsinteressierten bis 27 Jahre. Die Garantie soll im SGB III verankert und damit Teil der staatlichen Arbeitsmarktförderung werden. Garantiert wird der Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten vollqualifizierenden drei- oder dreieinhalb-jährigen Ausbildungsberufs. Betriebliche Ausbildung muss dabei immer Vorrang haben.

Sollte kein betrieblicher Ausbildungsplatz vermittelt werden, wird der ausbildungsplatzsuchenden Person ein Ausbildungsplatz innerhalb eines kooperativen Verbundmodells angeboten. Dabei erhält der/die Auszubildende einen Vertrag (Kooperationsvertrag) mit einem Maßnahmenträger/einer berufsbildenden Schule (Interimsbetrieb) und einen Vertrag (Ausbildungsvertrag) mit einem festen betrieblichen Kooperationspartner (Ausbildungsbetrieb). Sollten nicht genügend Kooperationspartner_innen zur Verfügung stehen, wird ein außerbetrieblicher Ausbildungsplatz bei einem Träger oder einer berufsbildenden Schule angeboten. Gelingt der Übergang vom Träger in den Betrieb nach dem ersten Ausbildungsjahr nicht, wird die Ausbildung beim Träger bis zum Berufsabschluss garantiert.

Auch bei einer außerbetrieblichen Ausbildung gilt: Qualitätsstandards müssen eingehalten werden. Die Mindestausbildungvergütung gilt uneingeschränkt auch hier.

Diese Ausbildungsgarantie braucht eine stabile, solidarische Finanzierung. Hier sehen wir die Betriebe in der Pflicht. Schließlich werden ihre späteren Fachkräfte ausgebildet. Durch einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds, in den Betriebe ab 5 Beschäftigte einzahlen, werden zusätzlich notwendige Ausbildungsplätze finanziert und der Ausbau betrieblicher Ausbildung gefördert.

2. Garantie auf gute Qualität und gute Rahmenbedingungen in der Ausbildung!

Mit Ausbildung 4.0 und einer Digitalisierungs- und Finanzierungsoffensive wollen wir Berufsschulen endlich aus der Steinzeit holen. Weg mit den maroden Schulen! Unterschiedliche Lerntypen müssen berücksichtigt werden. Auch E-Learning-Angebote müssen überall und für alle verfügbar sein. Bei der Vermittlung neuer Kompetenzen darf niemand abgehängt werden. Online-Unterricht darf nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängen, die Ausbildungsbetriebe müssen ihre Auszubildenden mit allen notwendigen digitalen und analogen Lernmitteln ausstatten. Schulen brauchen moderne Lehr- und Lernmittel und genügend Lehrkräfte mit ausreichend Zeit für Weiterbildung.

Wir sagen: Eine Arbeitswelt 4.0 braucht eine Ausbildung 4.0. Das muss sich auch im Ausbildungs- und Lehrplan wiederfinden – wir haben dafür mit unserem Positionspapier „Ausbildung 4.0“ ein umfangreiches Konzept entwickelt.

Keine Chance für Schmalspurausbildung – unser Standard ist eine vollqualifizierende 3 bzw. 3,5 - jährige Berufsausbildung. Und es braucht Schutz- und Qualitätsstandards für betriebliche Praxisphasen in alternativen Ausbildungsformen wie dem dualen Studium. Es ist höchste Zeit, dual Studierende im Betrieb den Auszubildenden in Gesetz und Tarif gleichzustellen.

Von der nächsten Bundesregierung erwarten wir, die rechtliche Stellung dual Studierender im Betrieb verbindlich an die der Auszubildenden anzupassen. Das bedeutet auch den Rechtsanspruch darauf, dass Fahrt- und Übernachtungskosten sowie Lernmittel und Studiengebühren von den Betrieben übernommen werden.

3. Garantie auf Übernahme. Ausbildungsplatz, safe!

Ausbildung und Übernahme gehören zusammen. Wir fordern eine unbefristete Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung. Damit Auszubildende eine klare Perspektive haben und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Deshalb weg mit der Probezeit bei Übernahme im selben Betrieb.

Fest angestellt? Na sichi!

Press START für junge Beschäftigte.

Im Dezember erst wissen, ob der Job im Januar verlängert wird? Normal. Unsere Generation lernt: Unsicherheit steht auf der Tagesordnung. Den Burn-Out gibt es gratis dazu. Lifestyle mit „Leben am Limit“ haben wir uns anders vorgestellt. Wir wissen, was wir wert sind und was wir wollen! Wir wollen Sicherheit, wir wollen leben! Jetzt!

Ausbeutung fristlos entlassen. 2020 waren etwa drei Millionen Jobs befristet. Knapp zwei Millionen davon sachgrundlos. Die Anzahl der sachgrundlos Befristeten hat sich damit seit 2001 verdreifacht! Vier von zehn Neueinstellungen sind befristet. Weg mit der sachgrundlosen Befristung! Befristungen ohne Grund sind Ausbeutung. Möglichst wenig Risiko und Verantwortung für Arbeitgeber_innen, hohe Belastung und Unsicherheit bei Beschäftigten. Und wenn die Geschäfte (vermeintlich) schlecht laufen, stehen befristet Beschäftigte als Erstes auf der Straße. Auch bei den Sachgründen muss dringend nachgebessert werden. Eine Übernahme im Anschluss an eine Ausbildung darf kein Befristungsgrund mehr sein, ebenso wenig die Erprobung. Wer drei Jahre in einem Betrieb eine Ausbildung gemacht hat, muss nicht nochmal auf den Prüfstand!

Weniger Work, mehr Life! Wir wollen Zeit zum Leben, Lachen, Lieben! Für ein Leben im Hamsterrad sind wir nicht zu haben. Wir sind dran mit der Gestaltung von Arbeitszeit. Gerade in der Krise ist das ein Gebot der Stunde, denn: Arbeitszeit-Politik ist Konjunkturpolitik! Weniger ist mehr. Perspektivisch muss Vollzeit deutlich unter 35 Stunden pro Woche liegen. Außerdem wollen wir von uns selbst bestimmbare Lebens-Langzeit-Arbeitszeitkonten, mit denen wir auf unsere individuellen Lebensphasen und Bedürfnisse eingehen können: egal ob Zeit für Weiterbildung, Familie, Kindererziehung, Pflege oder einen gestaffelten Ausstieg aus dem Berufsleben im Alter. Die Einhaltung unserer Schutzrechte wie Höchstarbeits-, Pausen- und Ruhezeiten sind dabei nicht verhandelbar. Unser Mehr an Selbstbestimmung darf nicht zu Überforderung und Burn-Out führen!

Befristet beschäftigt

<35
Jahren

Jede_r Fünfte

<25
Jahren

Jede_r Dritte

(7. Sonderauswertung zum DGB-Index Gute Arbeit, 2019)

Wir fordern:

- Reduktion der wöchentlichen Höchst-arbeitszeit
- Selbstbestimmte Lebens-Langzeit-Arbeitszeitkonten
- Weg mit der sachgrundlosen Befristung und ungerechten Befristungs-Sachgründen

BAföG trifft Real Life!

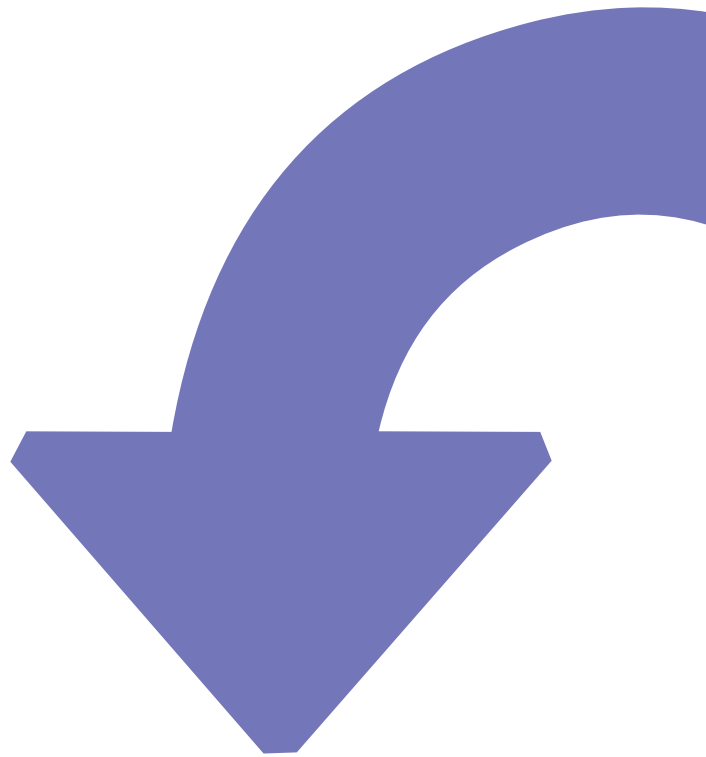
Press START für Studierende.

In 2020 wurde es nochmal besonders deutlich, vor der Krise war auch schon Krise. Die Überbrückungshilfen in der Corona-Krise wurden bei vielen Studis abgelehnt, weil sie zwar reale Geldnot hatten, diese aber nicht durch Corona verursacht wurde. Viele von uns Studierenden leben prekär, haben ein oder mehrere schlecht bezahlte Nebenjobs, machen tausend Dinge neben dem Studieren, nur um die überbezahlten Mieten zahlen zu können und nicht nur Nudeln mit Ketchup essen zu müssen. Gleichzeitig denkt alle Welt, wir seien die Rich Kids, finanzielle Hilfen brauche es nicht. Die Folgen: steigender Stress, Sorgen um die Existenzsicherung, nicht genug Zeit fürs Studium, Zukunftsängste.

Dabei könnte es so einfach sein. Macht das BAföG endlich richtig!

Stattdessen: Gerade mal 11 Prozent aller Studierenden bekommen BAföG. Und selbst wer Anspruch auf den Höchstsatz von 861 Euro hat, kann damit in Studi-Städten selten das Leben finanzieren. In München zum Beispiel kostet allein ein WG-Zimmer im Durchschnitt 560 Euro. Trendwende sagten sie, Tiefflug meinten sie.

Quelle: Portlandia / giphy.com



Wir fordern:

Passt das BAföG endlich an das reale Leben an und sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit!

- Mehr Studierende müssen Anspruch auf BAföG haben – rauf mit den Freibeträgen
- Passt den Fördersatz an den realen Bedarf an. Mindestens 150 Euro im ersten Schritt. Die Entwicklungen müssen mit einer regelmäßigen und automatischen Anpassung mit den Einkommens- und Inflationsentwicklung Schritt halten
- Bildungsgerechtigkeit fängt nicht an der Hochschule an. Führt das echte Schüler_innen-BAföG wieder ein
- Auch ein Orientierungsstudium muss förderfähig sein
- Die Höchstdauer der Förderung pauschal rauf um 2 Semester. In Regelstudienzeit werden gerade mal ein Drittel aller Abschlüsse geschafft
- BAföG muss wieder Vollförderung werden, und zwar schnellstmöglich

Game over, Quadratmeter- Tetris!

Quelle: Maru / giphy.com



Press START für bezahlbares Wohnen.

Gib Wohnung! Ob in der Ausbildung oder dem Studium. Das ist unser erster Schritt in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern. Eine Bude die man bezahlen kann, ist hierfür ein absolutes Muss. Gerade in der Krise verschärft sich für junge Menschen der ohnehin hohe Druck auf dem Wohnungsmarkt, wenn Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit generell steigen. Die Politik, die Städte und die Kommunen sind gefragt, endlich ihren Absichtserklärungen Taten folgen zu lassen. Wir müssen vor Vertreibung und Profitgier geschützt werden. Viele junge Menschen haben überhaupt keine Chance, eine Wohnung oder ein WG-Zimmer bezahlen zu können. Die Politik muss jetzt verstärkt regulierend auf dem Wohnungsmarkt eingreifen. Es ist endlich Zeit für eine starke Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum, inklusive der verstärkten Förderung kommunaler und genossenschaftlicher Modelle, Investitionen in Wohnungsneubau und der besseren Anbindung von Wohnsiedlungen an den ÖPNV.

Dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum antworten wir mit unseren Forderungen:

- **Bezahlbare Azubi-Apartments und Studierendenwohnheime auf die Prioritätenliste**
- **Sozialen Wohnungsbau stärken! Mindestens 30 Prozent verpflichtende dauerhafte Sozialbindung bei allen Vorhaben im Wohnungsneubau**
- **Deckeln & wirklich bremsen – 6 Jahre Mietstopp! Der Berliner Mietendeckel kann bundesweit als Vorbild für eine Mieter_innenorientierte Wohnpolitik dienen. Verstöße gegen die Mietpreisbremse müssen geahndet werden**
- **Schluss mit dem Ausverkauf, Bodenspekulation verhindern! Der Bund muss endlich eine nachhaltig gedachte, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik verfolgen. Fangen wir damit an, den Eigenbestand nicht an den Höchstbietenden zu verscherbeln, das Vorkaufsrecht der Kommunen zu stärken und Grundstückseigentümer_innen zum Bauen zu verpflichten**

Wohnsituation von Azubis

65,4 %

Anteil der Azubis, die gerne in einer eigenen Wohnung wohnen würden

22,7 %

Anteil der Azubis, die sich diesen Wunsch erfüllen können

(DGB-Jugend: Ausbildungsreport 2020)

Bunt, stark, antifaschistisch!

Press START für Solidarität.

Wenn wir zusammenhalten, können wir alles erreichen! In Betriebs- und Personalräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, in unseren Hochschulgremien, in der Gewerkschaftsjugend leben wir es schon lange vor: Demokratie braucht Mitbestimmung! Demokratie macht stark! Sie ist für uns viel mehr als das Kreuz auf einem Wahlzettel. Demokratie ist, was wir alle gemeinsam jeden Tag draus machen.

Dabei lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Solidarität ist unteilbar. Unsere gemeinsame Organisierung für unsere Interessen macht uns stark und nicht über Spaltung. Eins ist klar: Wir sind als Gewerkschaft stark, weil wir zusammenstehen. Die Konflikte bestehen zwischen oben und unten. Für das Engagement in der Gewerkschaftsjugend spielen Herkunft, Geschlecht und sexuelle

Orientierung keine Rolle. Wir setzen uns als Gewerkschaftsjugend solidarisch für unsere Interessen und bessere Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Und wir bleiben so lange dran, bis wir alle leben, lieben, arbeiten und lernen können, wie wir wollen.

Gerade in der Corona-Pandemie haben wir bei den „Querdenker_innen-Demos“ gesehen, wie schnell sich rechtspopulistische Denkmuster mit Verschwörungsmymen und Ängsten in der Bevölkerung zu einem gefährlichen Konglomerat entwickeln. Für uns als Gewerkschaft ist klar: Wer mit Verschwörungserzähler_innen und Demokratiefeind_innen auf die Straße geht, verlässt den Boden wissenschaftlicher Vernunft als Grundlage für politische Entscheidungen und sägt damit an einer Grundfesten unserer modernen Demokratie!

**Das Coronavirus bestimmt aktuell unser Leben.
Aber wir bestimmen, wie es weitergeht! JETZT!**

Wir setzen uns als Gewerkschaftsjugend solidarisch für unsere Interessen und bessere Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Und wir bleiben so lange dran, bis wir alle leben, lieben, arbeiten und lernen können, wie wir wollen!

Mehr zu unseren Forderungen,
mehr zur Gewerkschaftsjugend:

jugend.dgb.de

[instagram.com/dgbjugend](https://www.instagram.com/dgbjugend)

[facebook.com/jugend.im.dgb](https://www.facebook.com/jugend.im.dgb)



Impressum

V. i. S. d. P.
Manuela Conte, DGB-Bundesjugendsekretärin

Herausgeber
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Konzept und Text
DGB-Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit Wigwam eG

Gestaltung
Wigwam eG

Quelle Coverbild: since1969 / tumblr.com / giphy.com